Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.); durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,80 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Dienstag, den 29. März 1927 — Nummer 74

Die Parteien von der SPD bis zu den Deutschnationalen konsolidieren die Reichswehr

Der Fememinister Geßler spricht nicht über Feme - er erzählt aber Märchen über die Feme der Kommunisten

(Kppd) Berlin, 28. März.

Der Reichstag überwies in seiner Sitzung vom Montag, dem 28. März, zunächst einen Hetzbefehl gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Tabor zur Zwingung des Offenbarungseides an den Geschäftsordnungsausschuß. Sodann trat der Reichstag in die

Debatte über den Etat der Reichswehr und der Marine

ein.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat dazu folgenden Mißtrauensantrag für den Reichswehrminister eingebracht:

„Der Reichswehrminister Dr. Geßler besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Die Kommunisten beantragen Auflösung der Reichswehr und an ihrer Stelle **Bildung einer Miliz aus der werktätigen Bevölkerung unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.** Unsere Genossen fordern deshalb Gehalt, Aufwandsgelder und Wohnungszuschuß (trotz Dienstwohnung) für den Reichswehrminister im Gesamtbetrage von 40 200 Mark im Etat zu streichen ebenso den dem Reichswehrminister „für besondere Zwecke" zur Verfügung gestellten Fonds von 1 Million Mark. Zum Kapitel „Heereswesen" beantragt die kommunistische Fraktion, die Einstellungen für Besoldungen der Heeresleitung und der Heeresverwaltung, soweit sie Gehaltsgruppen B 3 bis A 8 betreffen, ebenfalls zu streichen. Ebenso beantragen unsere Genossen die Streichung der Besoldungen für die Gruppen B 5 bis A 8 bei den Kommandobehörden, Truppen usw. Darunter fallen u. a. die Gehälter und Aufwandsentschädigungen für den Chef des Heereswesens (General Heye), der Generale, Oberste, Majore, Hauptleute, Generalveterinäre, Generalärzte, Oberstabsärzte, Musikmeister usw. Selbstverständlich verlangen auch unsere Genossen Ablehnung der im Etat eingesetzten Mittel für Waffenübungen, Manöver, Kriegsspiele, Schießübungen. Dagegen fordern die Kommunisten, **daß künftig die Mannschaften und Gefreiten nach der Gehaltsgruppe A 3, die Unteroffiziere nach A 6 und die Offiziere nach A 7 besoldet** werden. Von selbst versteht sich natürlich auch, daß die kommunistische Reichstagsfraktion Streichung der „getarnten" Fonds für die Schwarze Reichswehr, der sogenannten „übertragbaren Mittel", sowie der Riesenausgaben für Munitionsbeschaffung und Unterhaltung, Anschaffung von Artilleriegeräten, „Nachrichtenmitteln", Ankauf von Pferden und der Ausgaben für Gebührnisse, „Militärfürsorger" usw. beantragen.

In derselben Linie liegen auch die Anträge unserer Genossen zum Etat der Reichsmarine.

Vor Beginn der Debatte protestierte Genosse Torgler dagegen, daß die Redezeit für die gesamte Etatdebatte auf 12½ Stunden gekürzt wurde, um die Oppositionsparteien zu hindern, in den Reichswehr- und Marineetat hineinzuleuchten und die Zustände in der Reichswehr nach Gebühr anzuprangern. Genosse Torgler verlangte eine Gesamtredezeit von vier Stunden, wie im vorigen Jahr. Dieser Antrag wurde von den Bürgerblockparteien abgelehnt.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt Schöpflin eine sehr matte „Oppositionsrede". Schöpflin fragte, wo die Ermahnungen des Reichsfinanzministers blieben, nur das Allernötigste zu bewilligen. Die Regierungsparteien nähmen bei den sozialen Ausgaben Streichungen über Streichungen vor, u. a. sogar 5 Millionen für Kinderspeisungen, aber im Heeres- und Marineetat, wo ohne Schädigung 60 Millionen gestrichen werden könnten, streiche man nichts. Die Sozialdemokratie müsse immer wieder ihre Stimme nach Abrüstung auf der ganzen Welt erheben. (Zuruf: Sagen Sie das Ihren französ. Freunden!) Die französische Heeresreform dient allerdings nicht der Abrüstung, aber sie ist auch keine offensive Maßnahme. Die Art, wie die Liga für Menschenrechte gegen die Reichswehr arbeitet, schade den idealen Bestrebungen dieser Vereinigung und manchmal auch dem deutschen Ansehen. Wenn die Sozialdemokratie an der Reichswehr Kritik übe, so nicht etwa, um sie zu zerschlagen.

Graf v. d. Schulenburg (Dtnl.) verweist auf die hohen Rüstungsausgaben anderer Länder. Dem Generaloberst v. Seeckt gebühre Dank dafür, daß er die Reichswehr aus einem Chaos heraus aufgebaut habe. Noske habe recht gehabt, als er sich 1918/19, als es galt, „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten, auf diejenigen stützte, die ehrlich an ihrer monarchistischen Auffassung festhielten. Alle Vorwürfe gegen die Reichswehr und Offiziere fielen in nichts zusammen.

Abg. Ersing (Ztr.) erklärt, ein pazifistisches Heer sei undenkbar. Nichts schädige die friedliche Entwicklung des Reiches mehr, als die immer wiederkehrenden Behauptungen, Deutschland rüste zum Kriege. Die Zentrumspartei stellte fest, daß man der Reichswehr für die Art, wie sie ihre Aufgaben erfülle, Achtung und Anerkennung zollen müsse.

Reichswehrminister Dr. Geßler.

Die Hoffnung, daß nach der Abrüstung Deutschlands auch die übrigen Länder abrüsten würden, hat sich nicht erfüllt. Die deutschen Militärlasten sind nicht zu hoch. Der „Ekonomiste" habe berechnet, daß England und Frankreich je 3½ Prozent, Italien 4 Prozent ihres Nationaleinkommens für das Verteidigungswesen ausgeben. Deutschland dagegen gebe nur 1½ Prozent für Reichswehr und Marine aus. Wenn man die Möglichkeiten des Vertrages von Versailles ausschöpfen und nicht auf 80 000 oder 60 000 Mann Reichswehr zurückgehen wolle, dann könne an dem Etat nichts gestrichen werden. Wir müssen fordern, daß das, was uns aufgezwungen worden ist, als Muster für eine allgemeine Abrüstung gilt. Entweder allgemeine Abrüstung oder wir müssen in die Lage versetzt werden, unsern Nachbarn gleichgerüstet gegenüberzutreten. (Erneuter heftiger Beifall rechts.) Wir können nicht auf Gleichberechtigung verzichten. (Erregte Zwischenrufe bei den Komm.) Auch Sie (zu den Kommunisten) haben nicht darauf verzichtet, in Rußland fordern Sie es ja auch. Die Kontrollkommission haben wir als tiefste Demütigung empfunden. Ich wünschte übrigens, daß die Berichte der Kommission veröffentlicht werden, dann könnten wir mit Beschämung sehen, wie die Kontrollkommission aus allen Kreisen der deutschen Bevölkerung unterstützt worden ist, meist aus törichter Schwatzhaftigkeit; ich erinnere nur an die Ausführungen des Leutnants Tillessen.

Die Abgeordneten Schöpflin und Schulenburg waren sich völlig einig darüber, daß das Heer nicht politisch mißbraucht werden darf. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten schmerzt mich tief. Aber ich halte ihr Urteil für ungerecht. (Lebhafte Zwischenrufe links: Wie steht's mit der Feme?) Auf diese Angelegenheit will ich jetzt nicht eingehen. (Aha! b. d. Komm.) Sie (zu den Komm.) sind ja selbst Vertreter der Feme. (Erregter Widerspruch b. d. Komm.) Nach der Denkschrift der Hamburger Polizei über den Aufstand von 1923 hat Kommele damals den von Ihnen beleidigten Leutnant angerufen: „Wer verpfeift, verfällt der Feme!" (Hört! hört! rechts. Erregte Zwischenrufe b. d. Komm.) (Genosse Remmele: „Der Vorsitzende im Urbahnsprozeß hat dieses Märchen selbst für Unsinn erklärt.")

Dr. Geßler polemisierte gegen die Sozialdemokratie. Er (Dr. Geßler) habe allerdings das Heer nicht auf die republikanischen Ideologien aufgebaut, sondern auf dem Ideal der Soldaten: Pflichterfüllung, Treue und Festhalten an seinem Eid. Die Vorwürfe der Sozialdemokraten seien ungerecht. Der Vorwärts macht z. B. eine Ueberschrift: „Schon wieder ein Kreuzer vom Stapel gelaufen!" **Ja, diesen Kreuzer haben Sie (zu den Sozialdemokraten) selbst bewilligt.** (Schallende Heiterkeit.) Auch das deutsche Heer verlangt Vertrauen. Es hat im Kapp-Putsch nicht versagt; nur ein Führer Lüttwitz hat damals versagt. Das Heer gehorcht, es kommt auf die Führer an! Das hat der General Heye gesagt. Das Ableben des Generals Seeckt bestand nur in einer Gefälligkeit. Sie war unvermeidbar, und die Konsequenzen wurden gezogen. Trotzdem erkenne ich die Verdienste des Generals Seeckt an.

Den Kompagnieführern muß die Verantwortung für die Einstellung der Rekruten überlassen bleiben. Für die Einstellung des Offizierersatzes bleibt der Kommandeur verantwortlich. Länder und Gemeinden müssen uns bei der Unterbringung der Entlassenen mehr unterstützen. Krankenkassen haben sich z. B. geweigert, Militäranwärter einzustellen. (Zuruf links: Wir wollen die Krankenkassen nicht militarisieren!) Auf meine Amtszeit blicke ich mit Befriedigung zurück.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) verteidigt die Reichswehr gegen den Vorwurf, die Reichswehr habe beim Kapp-Putsch versagt.

Genosse Kreuzburg

rechnete mit dem System des Femeministers der Schwarzen Reichswehr gründlich ab. Gegenüber der Behauptung Geßlers, die Kommunistische Partei habe im Jahre 1923 Fememorganisationen gehabt, wie eine Denkschrift der Hamburger Polizei beweise, machte Genosse Kreuzburg folgende Feststellungen: Die Frage der „kommunistischen Feme" ist während des Urbahns-Prozesses vor dem Hamburger Strafsenat aufgerollt worden. In dem Urteil gegen Urbahns und Genossen mußte der Vorsitzende des Gerichts feststellen, **daß die Behauptungen, auf die sich vorhin der Reichswehrminister berief, keineswegs aufrechterhalten werden können.** Wenn der Reichswehrminister trotzdem die Spitzelungen der Hamburger Polizei erneut wieder aufnimmt, so beweist das nur, daß er entweder leichtfertig unwahre Behauptungen aufstellt, oder daß er bewußt die Unwahrheit sagt, um die Kommunistische Partei zu verleumden. (Stürmische Zustimmung bei den Kommunisten.)

Darauf rechnet Genosse Kreuzburg mit der „oppositionellen" SPD ab. Mit Recht habe der Reichswehrminister erklären können, daß nach der Rede Schöpflins alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD nicht nur bereit sind, dem Reichswehr- und Marine-Etat, wie er vorliegt, zuzustimmen, sondern darüber hinaus auch alle imperialistischen Rüstungen, wie die übrigen imperialistischen Staaten mit allen Mitteln durchzuführen. Es ist mit der deutschen Sozialdemokratie so weit gekommen, daß der Bürgerblock mitsamt dem famosen demokratischen Reichswehrminister Geßler der SPD, nachdem sie sechs Jahre lang den Reichswehretat, Schiffsbauten usw. bewilligt hat, den verdienten Rausschmiß hat verleihen können. Die Reichswehr ist nur ein Verband, den Rahmen für neue imperialistische Rüstungen zu schaffen, nicht nur zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft und zur Verteidigung nach außen, sondern zur **Beteiligung an neuen imperialistischen Kriegen um die Verteilung der Welt.**

Nach dem Moabiter Fememordprozeß ist die Schwarze Reichswehr und die Beteiligung des Reichswehrministeriums gerichtsnotorisch. Gerichtsnotorisch ist auch, daß die intellektuellen Urheber der Fememorde hohe Reichswehroffiziere sind und daß der Reichswehrminister für die Bluttaten der Feme voll verantwortlich zu machen ist. Die vier Bestien sind zwar im Moabiter Fememordprozeß zum Tode verurteilt worden. Der eigentliche Verantwortliche, der Reichswehrminister Dr. Geßler, läuft aber noch immer frei herum. (Große Unruhe rechts, stürmischer Beifall bei den Kommunisten. Ordnungsruf für den Genossen Kreuzburg. Geßler verläßt fluchtartig den Sitzungssaal.)

Genosse Kreuzburg brandmarkt in seinen weiteren Ausführungen die Verschleuderung der Steuergroschen der werktätigen Massen für die offenen und geheimen Rüstungen der Schwarzen und Weißen Reichswehr. **Die Reichswehr Geßlers charakterisiert er als Rahmenorganisation eines neuen imperialistischen Heeres zum Kampf gegen Sowjetrußland im Dienste der englischen Bourgeoisie.**

Genosse Kreuzburg appellierte an die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft und die werktätigen Massen im Geiste Lenins, den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und den neudeutschen Imperialismus zu organisieren und einen neuen imperialistischen Krieg gegen das Arbeiterrußland in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie umzuwandeln. (Bravo und Handelklatschen bei den Kommunisten.)

Nach dem Genossen Kreuzburg sprach noch der demokratische Abgeordnete Freiherr v. Richthofen, der einige pazifistische Abrüstungsphrasen verzapfte. Diesen Phrasen fügte er sofort hinzu, daß man die Verantwortung für Abstriche am Reichswehretat nicht übernehmen könne, denn „von der Schärfe des Schwertes hängt die Erhaltung der Nation ab."

Darauf vertagte sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr: Weiterberatung des Wehretats.

Imperialismus, Kriegsgefahr und sozialdemokratische Konfusion

Die Kriegsgefahr, hervorgerufen durch die sich zuspitzenden ökonomischen und politischen Konflikte der imperialistischen Mächte, widerlegt drastisch den „realen Pazifismus", der seit dem Ende des Weltkrieges nach Hilferdings Behauptung unter den zu neuen Kriegen rüstenden imperialistischen Mächten ausgebrochen ist. Wie die Kriegsgefahr, die nicht mehr zu leugnen ist, erklären, ohne es mit Hilferdings Theorien zu verderben? Das ist eine der Aufgaben, vor der die sozialdemokratischen Rabulisten jetzt täglich stehen. Und da sie, soweit sie überhaupt einmal Marx gelesen, ihn längst vergessen haben, ja für sie, wie für den Meister selbst, Hilferdings Finanzkapital ein überwundenes Buch ist, so kommt bei den sozialdemokratischen Schreibübungen ein heilloser Blödsinn zutage.

Einen Blütenstrauß dieses Blödsinns bringt die Düsseldorfer Volkszeitung vom 23. März in einem Artikel von „Kapitalismus und Kriegsgefahr" ihren erstaunten Lesern dar.

Es ist nicht etwa das alte brave demokratische England Chamberlains, das der Kriegstreiber für einen neuen imperialistischen Raubzug ist, — das würden Breitscheid und Hilferding nicht dulden.

Es sind die neuen industriellen Länder, die jetzt erst sich zum Kapitalismus entwickeln, die nach der Düsseldorfer Volkszeitung das Zentrum aller Kriegsgefahr bilden. Und diese neuen industriellen Länder weisen alle ein gemeinsames Merkmal auf: eine Diktatur.

Daß dabei die proletarische Diktatur in Räterußland in einem Atem mit Italien, Spanien und Polen genannt wird, gehört schon zum ABC des sozialdemokratischen Blödsinns. Aber mit dieser Gleichstellung erreicht man eben eines: daß wieder einmal der [illegible] in Rußland

geleugnet, seine Entwicklung zum Kapitalismus fälschlich behauptet, „sein imperialistischer Ausdehnungsdrang" den Usern vorgeschwindelt und es damit, gleich dem Italien Mussolinis oder dem Polen Pilsudskis, als einen der hauptsächlichsten Kriegstreiber hingestellt wird.

Nun zur „Theorie" der Volkszeitung. Richtig ist nur, daß die neuen kapitalistischen Länder mit ihren Hochschutzzöllen, ihrem Drang zum Weltmarkt, die ökonomische und politische Lage der alten imperialistischen Länder durch wachsende Konkurrenz, durch ihre Verselbständigung gegenüber den Mutterländern ungemein erschweren. Die Entwicklung Indiens zu einem hochkapitalistischen Land trifft den englischen Imperialismus sehr stark, wenn auch nicht so heftig, wie die Revolution in China.

Aber es ist ganz falsch, über den kapitalistischen Ausdehnungsbestrebungen der neuen Industrieländer zu vergessen, daß die wirkliche Kriegsgefahr eben von den alten imperialistischen Mächten, England an der Spitze, kommt. Gerade England ist es, das Pilsudski und Mussolini in seine Antisowjetfront einspannt und ihre Provokationen, die es veranlaßt, zur Entfesselung von kriegerischen Konflikten ausnutzen möchte.

Doch diese realen Zusammenhänge darf der sozialdemokratische Arbeiter nicht sehen. Sonst würde er nicht mehr an einen realen Pazifismus Chamberlains glauben.

Da nun aber die Kriegsgefahr nicht zu bestreiten ist, wie sie bannen? Bei der Antwort auf diese Frage erreicht die sozialdemokratische Konfusion ihren Höhepunkt.

Die Düsseldorfer Volkszeitung ist zwar so gütig, den neuen kapitalistischen Ländern ihre Entwicklung zu Industriestaaten nicht zu verbieten — man ist als Sozialdemokrat halt